



Grenacher

**Lieber
Marco Schwab**

Es ist die Pflicht einer Behörde, haushälterisch und effizient mit den Mitteln umzugehen, welche wir alle, das Gemeinwesen, zur Verfügung stellen.

Manchmal aber scheitert dieser hehre Vorsatz zum guten Wirtschaften. Das hat, lieber Marco Schwab, nichts mit dem fehlenden Willen von Ihnen und Ihren Mitarbeitenden zu tun.

Als Leiter des Regionalen Sozialdienstes Laufenburg sind Sie unter anderem für die Ausrichtung von Sozialhilfe zuständig. Seit ein paar Tagen müssen Flüchtlinge aus der Ukraine dazu auch im Kanton Aargau angeben, ob sie in ihrer Heimat noch Vermögenswerte besitzen: Ein Haus vielleicht, eine Wohnung, Bankkonten.

Das macht Sinn. Die Sozialhilfe soll schliesslich den wirklich Bedürftigen zukommen und nicht den Gutbetuchten. Und schliesslich gilt das Egalitätsprinzip: Was für Flüchtlinge von anderswo schon immer galt, gilt nun auch für Schutzsuchende aus der Ukraine.

Nun höre ich aber im Radio, dass die Massnahme so ziemlich für die Katz ist. Was gut gemeint war, sorgt in den Amtsstuben nämlich für einen beträchtlichen Mehraufwand; mit Nullkommanull Ergebnis.

Erst vier Tage vor dem Inkrafttreten wurden Sie vom Erlass in Kenntnis gesetzt. Die ukrainischen Flüchtlinge müssen nun auf einem von Ihnen huschuschi fabrizierten Formular angeben, ob Sie Häuser, Wohnungen, Konten oder weitere Vermögenswerte in der Ukraine besitzen.

Nun unterstellen wir den Flüchtlingen keinerlei Absicht zur Schummelei. Bloss kann ihr Sozialdienst, offenbaren Sie im Radio, gar nicht überprüfen, ob die gemachten Angaben stimmen. Vielleicht haben Putins Bomben das Haus des Flüchtlings eben erst gestern in Schutt und Asche gelegt und der Bankbeamte in Odessa hat wohl auch Besseres zu tun als Ihnen telefonisch den Kontostand eines absenten Kunden mitzuteilen. Kurzum: Die Anordnung verursacht bei Ihnen nur zusätzliche Arbeit und beruhigt das Gewissen übergeordneter Behörden.

Das ist weder ein haushälterischer noch effizienter Umgang mit unseren Mitteln. Sondern schlicht und einfach Unsinn: staatlich verordneter Verhältnisblödsinn.